

Kurzprotokoll der Auftaktveranstaltung Masterplan Klimaschutz – Beteiligungsprozess kreisangehöriger Kommunen

Objekt: Masterplan Klimaschutz Landkreis Mainz-Bingen

Ort: Videokonferenz

Datum: 19.11.2021

Uhrzeit: 10:00 – 13:00

Teilnehmer: s. gesonderte Liste

Befragung der Teilnehmer zu ihren Erwartungen an den Prozess und den Masterplan

Welche Erwartungen haben Sie an den Masterplan & Prozess?

- Ein realistischer, konkreter und umsetzbarer Maßnahmenkatalog/Umsetzungsleitfaden mit klar definierten Zielen
- Umsetzungshilfen für die Kommunen, inkl. besserer Vernetzung zwischen Landkreis und Kommunen und zwischen den kreisangehörigen Kommunen
- Bessere Unterstützung der Klimaschutzmanager vor Ort & Wissenstransfer für alle Kommunalpolitiker*innen, z.B. Klimawiki
- Klare Benennung der Zielkonflikte & offene Beteiligung der Bürger*innen; Berechnungen wie THG-Bilanz und die Einflussmöglichkeiten der Bürger*innen müssen für alle nachvollziehbar sein
- FNP-Aufstellung: Rahmen feststellen, an Masterplan koppeln

Wann hat sich der Masterplan für Sie persönlich/ für die Kommune gelohnt?

- durch messbare Erfolge, wie THG-Belastung gesenkt/ Energieeinsparungen
- hohe Bürgerbeteiligung & Verständnis für die Maßnahmen
- klarer Finanzplan & ein belastbares Netzwerk
- Konzepte, die als „Blaupause“ für weitere Schritte/ andere Kommunen dienen können -> ein „Großkonzept“ mit überregionaler Abstimmung

- Projekte werden eng und langfristig begleitet, kompetente, konstante Ansprechpartner stehen langfristig zur Verfügung
 - Prozess, Projekte und Gemeinden dienen als Vorbild für andere Gemeinden
-

Diskussionsthemen

Anknüpfungspunkte Thema Innenentwicklung:

Mobilität (ü 70), ÖPNV & Radverkehr

- **Beispiel Oppenheim:** Kosten f. alternative Mobilitätskonzepte (z.B. Carsharing) sehr hoch (z.T. Fachplaner nötig), Stellplatzsatzung für Umgestaltung v. Parkplätzen (Gesetzgebung) muss abgeändert werden -> LK als Multiplikator gegenüber Bund erwünscht
- Insgesamt: Verkehrliche Fachplaner benötigt -> **Wunsch** nach finanzieller Förderung
- Radverkehr: Förderungen für Abstellanlagen & Alltagsverkehrsplanung benötigt

E-Mobilität & Ladeinfrastruktur

- Ladeinfrastruktur wird gewünscht, Netzinfrastruktur ist häufig unzureichend dafür
- Netzausbau liegt in Verantwortung der Betreiber -> Ziel d. Einheitlichkeit der Infrastruktur
 - Vorschlag: gemeinsam an Netzbetreiber herantreten, Prozess soll strukturiert über Landkreis angeschoben werden; **Forderung:** Förderprogramme für öffentliche Ladestruktur ausweiten

Erneuerbare Energien

- Windenergie aufgrund der Topographie meist nicht möglich; kaum Flächen für Freiflächen-PV -> PV auf Privatdächern oft einzige Möglichkeit ->
 - Motivation v. privaten Eigentümern ist ehrenamtlich nicht leistbar
 - Forderung nach rechtlichen Rahmenbedingungen f. Flächenbereitstellung
- Wunsch nach mehr:
 - Vernetzung zwischen Handwerkern & Energieberatern, Wissenstransfer von Experten & besserer Beratung/Information für Bürger
 - Finanzielle Förderung & Vorzugsbehandlung bei Antragsprüfung e.g. Bauanträge

Nachhaltige Gewerbegebiete / Ortszentren

- **Wunsch** nach Leitfaden für klimagerechten Bebauungsplan, Maßnahmenkatalog für Kommunen mit Ziel klimaneutrales Gewerbegebiet

- **Erwartung an das Konzept:** Wie können die Interessen der Kommunen und der privaten Investoren unter einen Hut gebracht werden? Wie überzeugt man Investoren/ Privathaushalte (Ortsmittelpunktentwicklung) dazu die Kosten zu tragen?

Wärmewende/ energetische Sanierung

- **Wunsch** nach einer kreisweiten Checkliste/ Leitfaden für klimagerechtes Bauen
- **Wunsch** nach Beratung/ Workshops energetische Sanierung/ PV-Ausbau -> Masterplan soll Vorschläge für personelle Engpässe liefern
- Anpassung des Erhaltungs- & Gestaltungssatzes an die ‚Realität‘ des Klimawandels -> PV-Ausbau auf Privatdächern erleichtern
- Infrastrukturelle Projekte wie Nahwärme im Bestand: finanzielle Engpässe der Kommunen besser an den Bund kommunizieren
- Sanierung kommunaler Gebäude wird angestrebt

Wiederkehrende Herausforderungen aus Sicht der Kommunen:

knappe Haushalte der Kommunen & Verteilungskonflikte zwischen Ebenen, begrenzte personelle Kapazitäten (teilw. Ehrenamt), teilw. mangelndes Fachwissen, Denkmalschutzrichtlinien und Topographie vs. Ausbau von erneuerbaren Energien, klare rechtliche Rahmenbedingungen für Flächenbereitstellung notwendig, kleinteilige Struktur & fünf Entscheidungsebenen

Forderung: Lösungsansätze von anderen Kommunen übernehmen zu dürfen